

Antrag

der CDU-Fraktion

Zügige Umsetzung des Bundesverkehrswegeplans realisieren, Planungskapazitäten des Landes erhöhen

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag begrüßt die Entscheidungen der Koalitionsfraktionen von CDU, CSU und SPD auf Bundesebene, in den kommenden Jahren deutlich mehr als in der Vergangenheit in Ausbau und Erhaltung der Straßeninfrastruktur zu investieren. Rund die Hälfte der Mittel des Bundesverkehrswegeplans 2030 in Höhe von insgesamt 264,5 Milliarden Euro wird in den nächsten 15 Jahren im Bereich Straßenbau aufgewendet. Im Vergleich zum vorherigen Bundesverkehrswegeplan hat sich das Gesamtinvestitionsvolumen somit um 91 Milliarden erhöht.

Für die im Land Brandenburg zu realisierenden Straßenbauprojekte steht ein Volumen von 3,6 Milliarden Euro zur Verfügung. Dies eröffnet die Möglichkeit, zahlreiche Vorhaben im ganzen Land umzusetzen.

Um diese Umsetzung zeitnah zu erreichen, ist es notwendig, die Planungskapazitäten im Straßenbaubereich deutlich zu erhöhen und den Landesbetrieb Straßenwesen massiv zu stärken, um zukünftig schneller zu baureifen Projekten zu kommen und Erhalt sowie Erneuerung der bestehenden Straßen besser gewährleisten zu können.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert:

- sich deutlich zur Notwendigkeit einer Ausweitung der Planungskapazitäten beim Landesbetrieb Straßenwesen zu bekennen,
- im Rahmen der zukünftigen Haushaltsaufstellung die personellen Kapazitäten für den Bereich Planung im Landesbetrieb Straßenwesen deutlich zu erhöhen,
- vor diesem Hintergrund einen Personalbedarfsplan zu entwickeln und dem Landtag bis zum 4. Quartal 2016 darüber zu berichten,
- Möglichkeiten aufzuzeigen, wie die fehlenden Planungskapazitäten für den Bundesfernstraßenbau kurzfristig ausgeglichen werden können,
- sicherzustellen, dass der Landesbetrieb Straßenwesen dauerhaft personell in die Lage versetzt wird, das zusätzliche Bauvolumen effektiv umzusetzen,
- dabei zu berücksichtigen, dass dies nicht nur die Planung und Ausschreibung beinhaltet, sondern ebenfalls die Prüfung der Rechnungen und die zeitnahe Auszahlung der entsprechenden Beträge.

Begründung:

Eine in der gesamten Fläche des Landes leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist eine zentrale Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit Brandenburgs. Zunehmender nationaler und internationaler Warenaustausch, Tourismus und Individualverkehr machen Erhalt und Erneuerung des Bundesfernstraßennetzes dauerhaft erforderlich. Die Prognosen über die weitere Entwicklung des Verkehrsaufkommens unterstreichen die dringende Notwendigkeit der Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur.

Alle Bundesstraßenbauprojekte der letzten Jahre im Land Brandenburg wurden vom Bund spätestens 6 Monate nach Baureife mit einer Finanzierungsfreigabe versehen. Eine im vergangenen Jahr von der Bundesregierung veröffentlichte Übersicht hat allerdings gezeigt, dass Brandenburg lediglich ein baureifes Projekt im Straßenbau vorweisen konnte. Damit befand sich das Land im Vergleich der Flächenbundesländer auf dem letzten Platz.

Die CDU-Fraktion hat in den vergangenen Jahren mehrfach Haushaltsanträge gestellt, mit dem Ziel die Landesmittel für den Straßenbau aufzustocken. Anders als die Landesregierung hat die Bundesregierung die Mittel für den Straßenbau zuletzt deutlich erhöht und darüber hinaus ein weiteres Aufwachsen in den kommenden Jahren angekündigt. Um die für Brandenburg in erheblichen Umfang zur Verfügung stehenden Mittel sinnvoll und vor allem zeitnah umzusetzen, bedarf es einer auskömmlich finanzierten Straßenbauverwaltung.

Der Landesbetrieb Straßenwesen muss in personeller Hinsicht in die Lage versetzt werden, die Aufgaben der Bundesauftragsverwaltung zügig umzusetzen. Hierzu ist es insbesondere notwendig, die Planungskapazitäten deutlich auszuweiten. Der vorliegende Investitionsstau und die nur sehr wenigen baureifen Projekte verdeutlichen den personellen Mehrbedarf des Landesbetriebes. Die Große Anfrage der CDU-Fraktion zur „Straßen- und Radwegeverkehrsinfrastruktur in Brandenburg“ (Drucksache 5/8701) hat bereits in der vergangenen Wahlperiode die Notwendigkeit veranschaulicht, die Personalentwicklung des Landesbetriebs Straßenwesen neu auszurichten. Schon zum Ende des Jahres 2013 waren fast 60 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter älter als 50 Jahre.

Dabei sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesbetriebs Straßenwesen durch die Herausforderungen in den verschiedenen Regionen des Landes stark beansprucht. Planfeststellungsverfahren und Prüfungen sind immer umfangreicher und auch zeitintensiver geworden. Um den Bürgerinnen und Bürgern sowie Wirtschaft und Unternehmen im Land Brandenburg ein intaktes und ausgebautes Straßennetz zur Verfügung zu stellen, benötigt der Landesbetrieb Straßenwesen daher unbedingt zusätzliche personelle Ressourcen.

Ingo Senftleben
für die CDU-Fraktion